

Zaghafte Annäherung mit politischen Altlasten

Kataloniens Regionalpräsident Pere Aragonès trifft König Felipe und Ministerpräsident Pedro Sánchez

hr. MADRID. Bei der offiziellen Begrüßung ging Pere Aragonès dem spanischen König noch aus dem Weg. Kurz darauf saß der katalanische Republikaner mit Felipe in Barcelona an einem Tisch. Die Annäherung ist noch zaghaft, aber so viel Nähe zwischen einem separatistischen Regierungschef und dem spanischen Monarchen gab es schon seit Jahren nicht. Zu einer ersten kurzen Begegnung war es in Barcelona schon vor wenigen Tagen gekommen. Am Sonntagabend saß an dem Tisch bei der Eröffnung der Mobilfunkmesse „Mobile World Congress“ auch der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez. Aragonès und er verabschiedeten sich in Barcelona mit den Worten „Bis Dienstag“. Dann macht der katalanische Linksrepublikaner, dessen ERC-Partei traditionell für eine unabhängige katalanische Republik ohne König kämpft, seinen Antrittsbesuch im Madrider Moncloa-Palast.

Am spanischen Regierungssitz wird Pedro Sánchez den neugewählten katalanischen Regionalpräsidenten empfangen, um weitere Pflöcke einzuschlagen. Nach der Begrüßung der neun führenden Separatisten vor einer Woche sollen nach Sánchez' Willen Vertreter beider Regierungen so bald wie möglich an den „Dialogtisch“ zurückkehren, den sie vor mehr als eineinhalb Jahren nach nur einer Sitzung verlassen hatten. Er sehe eine „enorme Chance“ für die Lösung des politischen Konflikts, sagte Sánchez am Montag in einem Interview mit dem spanischen Rundfunksender „Cadena Ser“.

Von einem neuen Unabhängigkeitsreferendum nach schottischem Vorbild – dieses Mal im Einvernehmen mit der Zentralregierung in Madrid –, wie es auch Aragonès fordert, will Sánchez jedoch nichts wissen. „Die Verfassung ist kein Dogma, aber sie markiert das Territorium, auf dem wir einen Dialog führen können“, sagte der Ministerpräsident in dem Rundfunkinterview. Zugleich bekräftigte er, dass er sich „kein Spanien ohne Katalonien oder Katalonien ohne Spanien“ vorstellen könne. Um deutlich zu machen, wie wichtig ihnen die Region ist, sind Sánchez und der König so oft in Barcelona wie selten zuvor. Am Donnerstag kommt Felipe schon wieder, dieses Mal mit seiner gesamten Familie.

Wichtiges in Kürze

Parteiausschlussverfahren gegen Wagenknecht

Die Linke eröffnet ein Parteiausschlussverfahren gegen Sahra Wagenknecht. Das teilte die Landesschiedskommission der Linken in Nordrhein-Westfalen am Montag mit. Wagenknecht war aus den Reihen der Partei wegen ihres Buches „Die Selbstgerechten“ scharf kritisiert worden. Darin wirft sie linken Parteien vor, soziale Fragen aus den Augen verloren und mit Gender-, Klima- oder Biobiolebensmittel-Debatten traditionelle Wähler mit geringen Einkommen verprellt zu haben. Wagenknecht ist Spitzenkandidatin der Linken in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl. dpa

Zahl der antisemitischen Vorfälle 2020 gestiegen

In Deutschland sind nach einem Bericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) im vergangenen Jahr 1909 antisemitische Vorfälle erfasst worden. Im Vorjahr waren es 1252 gewesen. Der Großteil der Vorfälle, rund 1400, entfiel 2020 auf „verletzendes Verhalten“. Dazu zählen antisemitische Beschimpfungen. Die Zahl der „gewaltsamen Angriffe“ auf Jüdinnen und Juden ging dagegen von 109 auf 96 zurück. Rias geht davon aus, dass die Dunkelziffer höher ist. dpa

Personalien

Jörg Meuthen 60

Als Jörg Meuthen im Sommer 2015 zum Ko-Bundessprecher der AfD gewählt wurde, war der Professor für Volkswirtschaftslehre nur eine Verlegenheitslösung neben der damaligen Vorsitzenden Frauke Petry. Auch später stand Meuthen noch im Schatten anderer AfD-Politiker wie Alexander Gauland. Eigene Truppen hatte der Sohn eines Essener Kaufmanns zunächst nicht, weshalb er sich auch auf das Netzwerk des rechtsextremistischen „Flügels“ um Björn Höcke stützte. Meuthen verstand irgendwann, dass nicht er den „Flügel“ benutzte, sondern der „Flügel“ ihn. Aus der Partei wurde die Erwartung an ihn herangetragen, eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu verhindern. Dem AfD-Bundeschef

Doch politische Altlasten erschweren den Neuanfang, um den sich Sánchez bemüht. Am Tag seines Treffens mit Aragonès hat der spanische Rechnungshof gleich drei der neun Separatisten vorgeladen, denen die Regierung nur eine Woche zuvor die Gefängnisstrafen erlassen hatte. Die früheren Regierungsmitglieder Oriol Junqueras, Jordi Turull und Raül Romeva gehören zu den insgesamt 39 Politikern und Beamten, denen eine Rechnung präsentiert wird, die sich laut Presseberichten auf rund zehn Millionen Euro belaufen könnte. Auch die früheren Regionalpräsidenten Artur Mas und Carles Puigdemont sollen zahlen. Ebenso der international angesehene Ökonom und einstige Wirtschaftsminister Andreu Mas-Colell.

Ausführlich hat der Rechnungshof dargelegt, wie sie Steuermittel missbraucht haben sollen, um zwischen 2011 und 2017 die Abspaltung Kataloniens von Spanien voranzutreiben. Im Mittelpunkt stehen dabei das Unabhängigkeitsreferendum am 1. Oktober 2017, das die spanische Justiz für illegal erklärt hatte, und die internationalen Aktivitäten zur Unterstützung dieses Plans. Besonders geht es dabei um Aktivitäten und Ausgaben katalanischer Vertretungsbüros im Ausland und des „Rats für öffentliche Diplomatie“ (Diplocat), der sich um die ausländische Presse kümmerte. Die Beschuldigten kritisieren, dass ihnen zu wenig Zeit bleibe, um auf die zum Teil schlecht begründeten Vorwürfe zu reagieren.

„Das Haus meiner Eltern, die Rente meines Vaters und sein Bankkonto können von Behörden ohne ein ordentliches Verfahren beschlagnahmt werden“, schreibt der in Princeton lehrende Wirtschaftswissenschaftler Alex Mas über das, was seinem Vater Andreu Mas-Colell und den anderen Beschuldigten droht: Ihr gesamtes Privatvermögen könnte durch den Beschluss des Rechnungshofs für den Schadenersatz herangezogen werden. Die Mitglieder des Rechnungshofs müssen keine Juristen sein, sie werden von beiden Häusern des Parlaments ernannt. Mehr als 12 000 Personen – unter ihnen 33 Nobelpreisträger – haben inzwischen eine Petition unterschrieben, in der sie sich „zutiefst besorgt“ über das Verfahren gegen Andreu Mas-Colell äußern.

Anklage gegen früheren AfD-Abgeordneten erhoben

Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz hat gegen den ehemaligen AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle Anklage erhoben, weil der Beschuldigte auf einer Demonstration gegen die Corona-Politik am 26. September 2020 zum Sturz der Bundesregierung aufgerufen haben soll. Der ehemalige Abgeordnete gehörte im August 2020 auch zu den Demonstranten in Berlin, die versucht hatten, in das Innere des Reichstagsgebäudes einzudringen. Räßle war bis Ende April Mitglied des baden-württembergischen Landtags. 2020 war er aus der Fraktion und dem Landesverband der AfD ausgeschlossen worden. Das zuständige Landgericht hat über die Zulassung der Anklage noch nicht entschieden. rso.

Britischer Datenschutz mit EU-Standard vereinbar

Die EU-Kommission hat dem Vereinigten Königreich die Gleichwertigkeit seines Datenschutzes bescheinigt. Damit können die Sicherheitsbehörden von EU-Staaten weiter mit London zusammenarbeiten. Allerdings gibt es zwei wichtige Einschränkungen. Daten zur Kontrolle von Migration sind davon bis auf Weiteres ausgenommen. Außerdem erlischt die Entscheidung zur Gleichwertigkeit in vier Jahren und muss dann erneuert werden. T.G.

gelang es, eine offizielle Auflösung des „Flügels“ durchzusetzen und dessen Organisator, Andreas Kalbitz, mit einem juristischen Trick aus der AfD auszuschließen. Das Netzwerk hatte er mittlerweile gelernt, sich im Bundesvorstand eine Mehrheit organisiert. Doch der Versuch des Europaabgeordneten, eine Spitzenkandidatur seiner innerparteilichen Gegner Tino Chrupalla und Alice Weidel zur Bundestagswahl zu verhindern, scheiterte. Auf dem Wahlparteitag folgten die Delegierten Höckes radikaler Linie und schmettern Meuthens gemäßigeren Kurs ab. Für seine (wirtschafts-)liberalen Vorstellungen scheint es in der AfD nur noch wenig Unterstützung zu geben. Meuthen wird auf die jüngsten Niederlagen reagieren müssen. An diesem Dienstag wird er 60 Jahre alt. mwe.

Der Schlussstein einer Entwicklung

Eine bemerkenswerte Biographie über den iranischen Revolutionsführer Ajatollah Khomeini

Die Monographie der Kölner Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur ist mehr als nur eine lesenswerte Biographie des iranischen Revolutionsführers Ajatollah Khomeini (1902–1989). Denn die Autorin begnügt sich nicht damit, die charismatische Persönlichkeit eines Mannes herauszuarbeiten, der im 20. Jahrhundert die islamische Welt wie wenige andere verändert hat. Zur spannenden Lektüre wird, wie sie drei Ebenen zu einem Geflecht zusammenfügt, in dem verständlich wird, dass Khomeini lediglich der Schlussstein einer vielschichtigen Entwicklung war, die im Nachhinein geradezu zwingend erscheint.

In einem ersten Strang zeichnet sie die Ideengeschichte Irans in der Moderne nach. So lieferten sich die schiitischen Religionsgelehrten seit dem 19. Jahrhundert lebhaft Debatten darüber, wie sie sich gegenüber der Politik verhalten sollten. Den lange dominierenden Quietisten, die sich aus jeglicher Politik heraushielten, hielten immer mehr Gelehrte einen politischen Auftrag der Kleriker entgegen. Die einen leiteten dabei aus den islamischen Quellen einen Einsatz für eine konstitutionelle Herrschaft durch die Menschen ab, andere aber aus denselben Quellen die alleinige Herrschaft Gottes, deren Durchsetzung die Aufgabe der Religionsgelehrten sei. Es war dann Khomeinis Doktrin von der „Herrschaft des (am besten qualifizierten islamischen) Rechtsgelehrten“ (velayat-e faqih), die diese Entwicklung machtvoll abschloss. Bis heute ist sie aber nicht unumstritten und wird von vielen Gelehrten auch in Iran angefochten.

In einem zweiten Strang skizziert die Autorin die politische Geschichte Irans: den Aufstieg und Fall der Pahlawi-Dynastie, die seit den 1940er Jahren starke kommunistische Bewegung, die stark politisierte Jugend der großen Städte. Khomeini war seinem Gegenspieler, Schah Mohammad Reza Pahlawi, in allen Belangen überlegen. Während der despotisch regierende Schah immer mehr gesellschaftliche Gruppen gegen sich aufbrachte, scharte Khomeini zum Zeitpunkt der Revolution alle Oppositionellen hinter sich. Nach dem Erfolg der Revolution schaltete er diese dann aber nach und nach aus.

Bei der Schilderung der Geschichte der Revolution und des ersten Jahrzehnts der Islamischen Republik hat die Autorin auch für westliche Leser Unbekanntes zu bieten. Sie zeigt auf der Grundlage persischer Originalquellen, wie während des Kriegs gegen den Irak von 1980 bis 1988 weniger Khomeini selbst Iran angeführt hat als vielmehr ein Triumvirat. Dem gehörten Khomeinis Sohn Ahmad, der seinem Vater gerne gefolgt wäre, sein dann tatsächlicher Nachfolger Ali Khamenei und der damalige Parlamentssprecher Ali Akbar Haschemi Rafsandschani an. Der Autorin zufolge ist Khomeini zu einem frühzeitigen Frieden mit dem Irak bereit gewesen. Die Verantwortung für das Fortdauern des Krieges trage Rafsandschani. Und es sei Ahmad Khomeini gewesen, der seinen Vater vor vielen Nachrichten abgeschirmt und den Sturz des von Khomeini selbst bestimmten Nachfolgers Ali Montazeri eingefädelt

Politisierungsschub durch Migration

Ein Handbuch zur Einwanderungspolitik will zum „Weiterdenken“ anregen

Die Migrationspolitik ist seit spätestens 2015 eines der sowohl am kontroversesten diskutierten als auch inhaltlich komplexesten Themenfelder deutscher und internationaler Politik. Doch obwohl gerade im deutschsprachigen Raum eine reiche Literatur zu diesem Thema vorliegt, fehlte bislang ein kompaktes wissenschaftliches Werk, welches das Phänomen internationaler Bevölkerungswanderung in seiner sozialen, ökonomischen und politischen Bandbreite darstellen würde. Das von dem Fuldaer Professor für Politikwissenschaft Uwe Hunger und dem am Freiburger Arnold-Bergstraesser-Institut lehrenden Privatdozenten Stefan Rother nun vorgelegte Fachbuch „Internationale Migrationspolitik“ schließt in dieser Hinsicht eine wichtige Lücke.

In ihrer als Einführung konzipierten Arbeit verbinden die beiden Autoren einen sozialwissenschaftlichen Teil, in welchem verschiedene Migrationstheorien präsentiert werden, mit einer Analyse von Migrationssystemen, Bewegungsursachen, Steuerungsstrategien und spezifischen Herausforderungen in den Bereichen Integration, Demokratie und Gender, welche sich für Migranten, Migrantinnen und Zielländer ergeben. So unterscheiden Hunger und Rother zwischen verschiedenen Migrationstypen wie Flucht und Vertreibung aufgrund staatlicher Verfolgung, aber auch Arbeits- und Wirtschaftsimmigration und weisen darauf hin, dass die „mixed migration“, also eine Kombination aus ökonomischen, sozialen, privaten und politischen Motiven, die mittlerweile häufigste Wanderungsursache ist. Komplementär werden verschiedene staatliche Einwanderungssysteme wie etwa das angebotsorientierte, von



Kurz vor der Machtübernahme: Massenprotest gegen den Schah im Januar 1979 in Teheran

Foto Picture Alliance/dpa

habe. Demzufolge hat Khomeini in seinen letzten Lebensjahren also wesentliche politische Entscheidungen nicht mehr selbst gefällt.

In einem dritten Strang leuchtet die Autorin die vielschichtige Persönlichkeit Khomeinis aus. Mit seinen rednerischen Fähigkeiten, seinem organisatorischen Geschick, seiner religiösen Glaubwürdigkeit und seiner religiösen Sprache, die alle verstanden, mobilisierte er Menschenmassen. Er war immer radikaler als alle anderen, ging keine Kompromisse ein und hatte, anders als andere Akteure seiner Zeit, ein untrügliches Gespür dafür, wann eine politische Handlung erfolgversprechend war und wann nicht.

Die Autorin macht die Leser zudem mit dem bislang nicht bekannten Dichter Khomeini bekannt, der in der Tradition von Hafiz überwiegend postum veröffentlichte Gedichte verfasste. Handwrecklich seien sie gut gemacht gewesen, schreibt die Autorin. Jedoch schockierte er mit der Verwendung von Metaphern wie dem Weintrinken oder der Liebe andere Geistliche und tiefreligiöse Menschen. Den Hauptteil ihrer Monographie schließt sie mit den drei Gedichtzeilen Khomeinis: „Bin mit dem Wein deiner Liebe trunken, / von solch einem Betrunknen / frag nach dem nüchterneren Rat eines Weltmannes nicht.“ Solche Zeilen würden man dem Revolutionsführer, der kaltblütig eine Generation von Jugendlichen im Irakkrieg verheizt hat, nicht zutrauen.

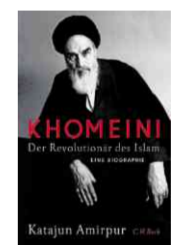
Nach der Lektüre der Biographie könnte man versucht sein, eine Geschichte der Revolution anhand der Straßennamen in Teheran zu verfassen. Immer wieder erwähnt die Autorin, dass nach diesem Theologen oder jenem revolutionären Denker in Teheran eine bedeutende Straße benannt sei. Eine der wichtigsten Schnellstraßen trägt den Namen von Scheich Fazlollah Nuri. Er war ein entschiedener Gegner der konstitutionellen Revolution in Iran, die 1905 begann und 1911 erfolglos endete. Nuri sprach sich gegen die 1906 verabschiedete Verfassung mit bürgerlichen Grundrechten aus und argumentierte, nur Gott könne Gesetze machen, nicht aber der Mensch. Vor allem an ihn knüpfte Khomeini an. Die Autorin nennt Nuri „einen der wesentlichen Ideengeber der Islamischen Republik“.

Von der unpolitischen Mehrheit der damaligen Religionsgelehrten setzte sich Khomeini erstmals ab, als er 1944 eine aktive politische Rolle der Geistlichen forderte und sie zu einer Kontrollinstanz machen wollte. Nur sie könnten moralische und spirituelle Führer sein, schrieb er. Nach 1950 bereiteten andere Denker, etwa Morteza Motahhari und Ali Schariat, den Boden für Khomeinis Erfolg, indem sie ein islamisches System als Alternativen zum Monarchie propagierten. Vom Sozialkritiker Dschalal Al-e Ahmad übernahm Khomeini die Fundamentalkritik am Westen. Khomeinis unbestrittene Neuerung war jedoch die Lehre von der

„Herrschaft des Rechtsgelehrten“. Der sollte die Herrschenden nicht mehr kontrollieren, sondern sollte selbst und absolut herrschen.

Die politische Bühne betrat Khomeini 1962, als er den Schah erstmals offen herausforderte. Auch säkulare Gegner fanden nun in Khomeinis politischer Botschaft Übereinstimmungen mit ihrer Agenda. Während seines Exils im irakischen Nadschaf entwickelte er sich von 1965 bis 1978 von einem einfachen Gelehrten zu einem weithin auch theologisch respektierten Großajatollah fort.

Einer der Vorzüge der Monographie ist, dass die Autorin nebenbei in die Besonderheiten des schiitischen Islams einführt, die diesen Zweig des Islams so verschieden von dem sunnitischen Islam machen. Deutlich wird, wie sehr im schiitischen Islam eine revolutionäre Ideologie steckt. Deutlich wird aber auch, wie wenig sich das, was sich in Iran ereignet hat, auf arabische Länder mit sunnitischer Mehrheitsbevölkerung übertragen lässt. RAINER HERMANN



Katajun Amirpur: Khomeini. Der Revolutionär des Islams. Eine Biographie. C.H. Beck Verlag, München 2021. 352 S., 26,95 €.

heitspolitik werden und zur langfristigen Demokratisierung und Liberalisierung von autoritär geführten Herkunftsländern beitragen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die politische Teilhabe von Einwanderern und Einwanderinnen in Zielländern zu verweisen, der Hunger und Rother breiten Raum widmen. Die beiden Politikologen unterscheiden zwischen unterschiedlichen Strategien der Migrationsgesetzgebung und Stufen der Einbürgerung in verschiedenen Staaten. Dabei muss der Erhalt einer permanenten Bleibeberechtigung nicht unbedingt ein Recht auf politische Teilhabe implizieren. In dieser Hinsicht ist insbesondere die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft politisch relevant, da diese einerseits Demokratisierung befördern kann, andererseits jedoch durch autoritäre Regime, zum Beispiel durch das großzügige Verleihen von Pässen an Angehörige ethnischer Minderheiten, zur Einflussnahme auf die Politik anderer Staaten instrumentalisiert werden kann. Auch in Deutschland hat Integration unmittelbare Konsequenzen für die demokratische Repräsentation der Interessen von Migrantinnen und Migranten. Die Kandidatur des syrischen Flüchtlings und Grünenpolitikers Tareq Alaows für den Bundestag, dessen möglicher Einzug in das Parlament an die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft ist, ist in dieser Hinsicht das beste Beispiel für einen Integrationsprozess, durch welchen Einwanderung in gesellschaftliche Teilhabe, politische Beteiligung und schließlich Interessenvertretung von Migranten und Migrantinnen münden kann.

Ein wichtiges Kapitel widmet sich schließlich der „Versichertheiligung“

(securitization) von Migrationsdebatten durch politische Entscheidungsträger, Parteien und Medien. Wie Hunger und Rother mit Verweis auf soziologische Sprachtheorien argumentieren, hat die Art, wie Menschen miteinander kommunizieren und die Welt beschreiben, unmittelbare Auswirkungen auf die politische Wirklichkeit. So hatten etwa Präsident Trumps Durchführungsverordnungen („executive orders“) und Tweets das Potenzial, die amerikanische Migrationsdebatte in eine Frage der nationalen Sicherheit zu verwandeln und Einwanderer aus Lateinamerika, Afrika und dem arabischen Raum als potentielle Kriminelle zu brandmarken, die durch eine Grenzmauer, Reisebeschränkungen und Visaverbote von einer Einreise in die Vereinigten Staaten abgehalten werden sollten.

Der Band hat einen ausgesprochenen Hand- und Lehrbuchcharakter, der durch Fragen und Literaturanregungen zum „Weiterdenken“ einlädt. Auch wenn „Internationale Migrationspolitik“ damit vor allem ein akademisches Fachpublikum erreichen wird, ist dieses gründlich recherchierte Buch auch denen zu empfehlen, die sich einen breiten, einführenden Überblick in diese nach wie vor hochrelevante Thematik verschaffen möchten. CARLO MOLL



Uwe Hunger/Stefan Rother: Internationale Migrationspolitik. utb. Verlagsgemeinschaft GmbH, Stuttgart 2021. 368 S., 24,90 €.